

Steuern auf Lebensmitteln werden gemäss Umfrage klar abgelehnt

Steuern auf zucker-, salz- oder fetthaltigen Lebensmitteln im Kampf gegen Übergewicht werden gemäss einer Umfrage von drei Vierteln der Stimmberechtigten abgelehnt. Vielmehr setzen sie auf Eigenverantwortung. Gewünscht werden transparente Informationen über Produkte.



Bild: Viktor Forgacs / Unsplash

Die negative Haltung zu Steuern auf Lebensmitteln hat sich weiter verstärkt, wie der am Mittwoch veröffentlichte sechste Monitor Ernährung und Bewegung zeigt. Hatten gemäss der Umfrage 2017 noch rund zwei Drittel eine Steuer auf zucker-, salz- oder fetthaltigen Lebensmitteln abgelehnt, so sind es jetzt bereits drei Viertel.

Ein Verbot ungesunder Lebensmittel beziehungsweise die Einführung einer Lenkungsabgabe oder Steuern auf Zucker seien nicht mehrheitsfähig. Nach wie vor gelte die Eigenverantwortung als zentraler Wert, wenn es um die Themen Ernährung und Bewegung gehe.

In erster Linie wünschten sich die Konsumentinnen und Konsumenten von den Lebensmittelherstellern und der Wirtschaft transparente und verständliche Informationen über Produkte, Engagement für den Breitensport, die Vereinfachung der Nährwertdeklaration und die Umsetzung von Projekten für gute Ernährungsangewohnheiten in Zusammenarbeit mit dem Staat.

So wären heute fast zwei Drittel der Befragten mit einer Ampelkennzeichnung als gesetzlichen Standard einverstanden. Allerdings genoss die Ampelkennzeichnung bei der Befragung im Vorjahr bereits einmal mehr Zustimmung.

Zuckergehalt bereits freiwillig reduziert

Die freiwillige Zuckerreduktion durch die Getränkebranche sei wahrgenommen worden. So hätten etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten von diesen Bemühungen gehört oder gelesen. Von 2005 bis 2015 hatte die Getränkebranche den Zuckeranteil in ihren bestehenden Produkten um 13 Prozent reduziert. Bis 2020 ist nochmals eine Reduktion von sieben Prozent geplant.

Der Monitor Ernährung und Bewegung wurde vom gfs.bern für die Informationsgruppe Erfrischungsgetränke in einer repräsentativen Umfrage zum sechsten Mal erhoben. Die Informationsgruppe ist ein freier, überparteilicher Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern der Erfrischungsgetränkeproduzenten und der nationalen Politik. Sie wurde 2013 auf Initiative der Getränkehersteller gegründet. (sda)

Publiziert am Mittwoch, 11. September 2019